



*Das Klima in den Grundschulen hat sich geändert. Anstatt zunächst das unmittelbare Gespräch mit den Lehrkräften zu suchen (unser Foto), nehmen Eltern häufiger Kontakt sofort direkt mit der Schulleitung oder der Landesschulbehörde auf.*

Foto: imago

## Über Zensuren wird wie auf dem Basar verhandelt Kein Schonraum gegenüber ehrgeizigen Eltern

Seit mehr als dreißig Jahren bin ich im Schuldienst und mir macht mein Beruf immer noch Freude – meistens jedenfalls. Die Entwicklung von Schülern zu beobachten und sich hin und wieder einbilden zu können, zur Entwicklung von Leistungsbereitschaft und Lernfreude einen kleinen Beitrag geleistet zu haben, verschafft mir immer noch eine tiefe Befriedigung und gibt meiner Arbeit Sinn.

Seit dem Wegfall der Orientierungsstufen aber hat sich das Klima in den Grundschulen deutlich verändert. Der Leistungsdruck hat sich verschärft und uns ist die Ruhe genommen, Pädagogik zu betreiben: Das zu lehren, was sich nicht unmittelbar dokumentieren, in Vergleichsarbeiten vergleichen und in Zensurdurchschnitten errechnen und darstellen lässt und was nicht in Statistiken auftaucht: Erziehung zur Solidarität, miteinander leben lernen. Durch die nunmehr an die Grundschule delegierten Schullaufbahnpfehlungen und den damit verbundenen Zensuredruck im Jahrgang 3 und 4 hat die Beschwerdeflut der Eltern spürbar zugenommen. Über Zensuren wird wie auf dem Basar verhandelt, Anträge zum Klassenwechsel bei vermeintlichen Problemen werden gestellt und mit Beschwerden an die Schulleitung und die Landesschulbehörde wird nicht nur gedroht.

Diese Problematik hat verschiedene Ursachen. In den Klassen 1 und 2 werden die Leistungen der Schüler in Berichtform dokumentiert. Diese Lernberichte sollen aber aus pädagogischen Gründen Könnensleistungen umschreiben. So kann Tim Müller wunderbar im Zahlenraum bis 5 rechnen, nur manchmal braucht er hierbei noch Unterstützung, Hilfe oder die konkrete Anschauung. Prima, was Tim schon alles kann, denken die stolzen Eltern! Dass Tim sich aber eigentlich schon sicher und ohne Hilfsmittel im Zahlenraum bis 10 oder 20 bewegen sollte, geht aus dieser Form der Lernstandsbeschreibung nicht hervor.

Tim kommt nun in die 3. Klasse und jetzt ist Schluss mit lustig: Jetzt wird nicht mehr gezählt, was Tim kann, sondern gezählt und bewertet, was er nicht kann. Tim schreibt nun die ersten Tests, die zensiert werden. Jetzt wird den Eltern klar, dass Tim wohl doch kein Überflieger ist und die ersten Zweifel werden wach,

ob er denn wohl die richtige Lehrkraft hat, die überhaupt sein geistiges Potenzial erkennt und zur Entfaltung bringen kann.

Der Kampf um die Zensuren beginnt: Die Frage in dem Test ist aber auch wirklich sehr missverständlich gestellt, und auf diese Antwort ist doch zumindest noch ein halber Punkt zu geben und überhaupt – wenn der Test einen Zensurschnitt von 3,2 hervorbringt, wer hat denn dann schlecht gearbeitet: Die Schüler oder nicht doch die Lehrkräfte? Und wenn Tim ein schlechtes Diktat schreibt, dann bekommt die Lehrerin/der Lehrer einen doppelseitig beschriebenen DIN A4-Brief, in dem die Mutter darlegt, warum die 5 im Diktat von der Lehrkraft unbedingt wieder rückgängig gemacht werden muss: Seitdem ist Tim nämlich maßlos deprimiert, hat jegliche Lust am Unterricht und vor allem am Schreiben verloren, schämt sich und will nicht mehr in die Schule ...

Eine andere Mutter bittet tatsächlich um die Erlaubnis, bei Testarbeiten neben ihrem Sohn sitzen zu dürfen, da dieser sonst vor Aufregung nicht seine intellektuellen Kapazitäten nutzen könne, ein anderes Kind hat gerade um 8 Uhr erhebliche Verdauungsprobleme und kann erst 10 Minuten später zum Unterricht erscheinen. Da im Übrigen die Schule hieran Schuld hat, muss sich auch die Schule hierauf einstellen. Einem anderen Kind mit motorischen Schwierigkeiten wird nicht die Zeit gegeben, in Ruhe seine Fertigkeiten zu verbessern: die Mutter schreibt dünn mit Bleistift die Texte vor, die das Kind dann vollendet überschreibt.

Spätestens ab Klasse 2 wird dann die angestrebte Schullaufbahn von den Eltern benannt: Natürlich das Gymnasium – wer geht schon freiwillig auf die Haupt- oder Realschule? Wir werden programmiert wie ein Navigationsgerät und wenn der Weg nicht dahin führt wo und wie er gewünscht wird, ist der/die Schuldige schon längst bekannt.

Überzogene Einzelfälle? Nein, leider nicht. Besonders die Grundschule bietet wenig Schonraum gegenüber ehrgeizigen Eltern. Da nahezu jeder lesen, schreiben und mindestens bis 100 rechnen kann, hat auch jeder eine Meinung dazu, ob das, was in unseren Schulen gelehrt und gelernt wird, richtig und gut ist.

## Notwendig ist ein Konfliktlösungsmodell

Welche Botschaft verbirgt sich hinter diesen Konflikten, was können wir Lehrer und Lehrerinnen daraus lernen?

1. Die Zeit, die die Grundschule für die individuelle Lernentwicklung eines jeden Kindes zur Verfügung stellt, wird aus lernpsychologischer Sicht der physischen und psychischen Entwicklung der Kinder in diesem Alter nicht gerecht. Kinder brauchen mehr Zeit zum Lernen. Wir wissen, dass die ersten Klassen bei der Einschulung Entwicklungsunterschiede von bis zu vier Jahren aufweisen. Die Kinder werden mit gänzlich anderen Sozialisationsbedingungen eingeschult – nicht nur sozial und emotional, sondern gerade auch auf die Basisqualifikationen bezogen, die so wichtig sind für einen guten Start in die schulische Laufbahn: Konzentrations- und Frustrationsfähigkeit, sprachliche und kognitive Kompetenzen, Vorerfahrungen mit Schrift und Büchern, Umwelterfahrungen und Selbstständigkeit u.v.m. Dieses ist ein spezifisches Problem der Grundschulen und diese sollten und müssten sich in ihrer Organisationsstruktur darauf einstellen.

2. Die Grundschule muss annähernd vergleichbare Leistungen dokumentieren.

Welche Möglichkeiten können wir nutzen, ressourcenorientiert zu bewerten, ohne zu verschleiern, was noch besser gelernt oder gefestigt werden muss?

Leistungsbewertung muss zu einer echten Information für Schüler und Eltern werden ohne zu diskriminieren oder zu entmutigen. Eine schlechte Note gibt keine Auskunft darüber, welche Wissens- oder Könnensbereiche noch erarbeitet oder geübt werden müssen. Transparenz der Anforderungsbereiche und eine differenzierte Dokumentation könnten Schülern und Eltern zielführende Impulse zur Weiterarbeit und zur Optimierung des Gelernten geben.

3. Ein hierarchieunabhängiges „Konfliktlösungsmodell“ oder vorgeschriebene Kommunikationswege im Konfliktfall mit Eltern sollte Lehrerinnen und Lehrer davor schützen und bewahren, dass jeder Hans und jede Grete in die Schule kommen und sie mit Dreck bewerfen kann. In vielen Konfliktfällen machen sich die Eltern gar nicht erst die Mühe, mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu sprechen, sich zu informieren oder Wahrnehmungen abzugleichen. Sie gehen gleich zur Schulleitung und sollte diese nicht ihrer Meinung sein, weiter zur LSCHB und auch da werden sehr schnell Dienstaufsichtsbeschwerden geschrieben und den leitenden Dezernenten unterstellt, sie seien im Konfliktfall parteiisch oder interessegeleitet.

Nicht die Einschränkung erworbener Elternrechte wird hier gefordert, sondern die Notwendigkeit, dass Eltern verantwortungsbewusst mit diesen Rechten umzugehen haben. Dass sie Verantwortung übernehmen müssen für das, was sie gegen uns sagen oder tun und wissen, dass sie sich hierfür notfalls auch zu rechtfertigen haben.

4. Eine die Grundschulzeit begleitende „Elternschule“ könnte Eltern auf ihre veränderte Rolle gegenüber ihren schulpflichtig gewordenen Kindern vorbereiten, das Konfliktpotenzial in den Schulen minimieren und konstruktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Lernprozess ihrer Kinder gewinnen. -hf